

+Anzeige+++Anzeige+++Anzeige+++Anzeige+++Anzei

rz '87 Heft 117 DM 1,50 DM 12. Jahrgang ISSN 0176-8174

Holzweim

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG



Zensor Maximus

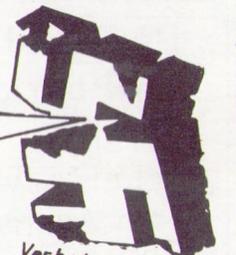
droht VHS-Kursleiter

Atrozin im Trinkwasser

42.REC.111.2

Antifaz

Antifaschistische Zeitung Recklinghausen



Verbot der F.A.P.!

Heft 5 MÄRZ 1987 DM 0,50

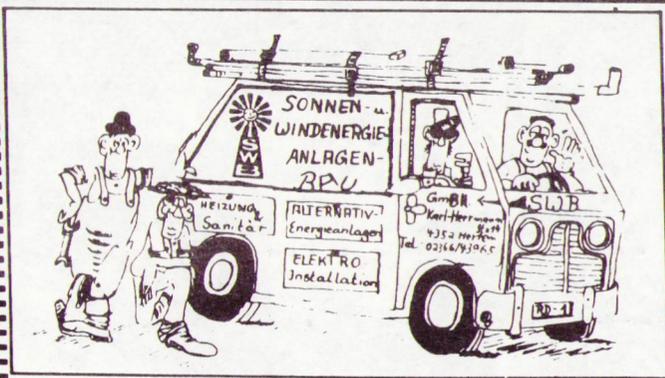


FASCHISTISCHE PARTEIEN
BEI DER
BUNDESTAGSWAHL

IN DIESEM HEFT

„Die Patrioten“	-4-
Interview mit dem türkischen Arbeiterverein	5-
Kein Austragen der NPD-Post	-7-
NPD-Parteitag in Waltrop?	-7-
AFB informiert	-9-
Veranstaltung zum Thema „NPD-Parteitag“	-9-
Nachweis zum faschistischen Charakter der NPD	-11-
Impressum	-15-
Buchvorstellung	-16-
FAP	-17-
Leserbrief: Schlappe für Kohl -Aus für Rau	-18-
Flüchtlingsrat NRW gegründet	-21-
Vertreibung und Hetze gegen Asylbewerber -Weiter so, Deutschland?	-22-
Die Gewaltfrage - Leserbrief-	-23-
Erfolgreiche Aktion gegen „DeutschenFreundes- kreis“	-27-
Aufruf zum Ostermarsch Ruhr '87	-29-
Pinwand	-30-
Termine	-31-

+++ Anzeige +++



Einleitung

Beflügelt von ihren Wahlerfolgen will die NPD ihre faschistische Politik - diesmal auf einem Landesparteitag in Waltrop - fortsetzen. Der Recklinghäuser NPD-Führer Klaus Schulz, Vorsitzender der nordrheinwestfälischen NPD erhielt im Wahlkreis RE, Waltrop und Castrop-Rauxel mit einer Hetzkampagne gegen Asylbewerber und Auländer als Direktkandidat 693 Erststimmen (0,4% Zweitstimmen). Ausgerechnet er wirft den Gegnern des Waltroper Parteitages "undemokratisches Verhalten" vor. Ungeachtet allen Widerstands - es gibt mittlerweile eine "große Koalition" aller Ratsparteien (CDU, SPD, Grüne) gegen den faschistischen Parteitag - beabsichtigt die NPD die Benutzung der Stadthalle nötigenfalls per Gerichtsbeschluss durchzusetzen. Für den Fall, daß sie erfolgreich sind, kündigte der SPD-Abgeordnete Stach, die "größte Demonstration an, die Waltrop je gesehen hat". So konkret wollte es die CDU nun auch wieder nicht verstanden wissen: "Eine Demonstration steht überhaupt noch nicht zur Debatte"



Der Antifaschistische Bund RE unterstützt den Aufruf der Grünen und der SPD, eine "machtvolle Großdemonstration" gegen den Landesparteitag durchzuführen und fordert alle RE-Antifaschisten auf, daran teilzunehmen. Der AFB trifft sich jeden Mittwoch in der Altstadtschmiede um 19 Uhr. Über die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Waltrop, den Parteitag der NPD zu verbieten informiert der Artikel auf Seite 7.

Außerdem stellen wir in dieser Ausgabe die Programme folgender faschistischen Parteien vor: NPD, FAP, Patrioten. Zum Schluß grüßen wir drei Antifaz-Leser, die jeweils einen Kommentar zu den Bundestagswahlen, zu einem Buch und zur Gewaltfrage in dieser Ausgabe veröffentlichten. - Hoffentlich genug Zündstoff für weitere Leser/innen Meinungen. Wir bieten gemütliche Sessel und viel Papier zwecks Veröffentlichung und Diskussion und natürlich jede Menge unbezahlte, vielseitige Tätigkeiten und Jobs in unserer Redaktion.

Mit viel antifaschistischem Power für das Jahr '87 eröffnen wir die 5. Runde, vor der 6., unserer Jubiläumsausgabe im ... Mai.



„Die Patrioten“

„Es ist nicht notwendig, braune Hemden zu tragen, um ein Faschist zu sein. Es ist nicht notwendig, ein Hakenkreuz zu tragen, um ein Faschist zu sein. Es ist nicht notwendig, sich selbst Faschist zu nennen, um ein Faschist zu sein. Es ist einfach nur notwendig, einer zu sein!“

Dies bekannte am 7.7.78 freimütig L.H. LaRouche, Ehemann der Bundesvorsitzenden, der „Patrioten für Deutschland“ Helga Zepp-LaRouche und Chef eines weltweit agierenden Netzes von faschistischen Organisationen, Instituten und Stiftungen. Er wurde im US-Fernsehen offen als „Neonazi“ bezeichnet.

Er will die demokratischen Parteien auf rechten Kurs festlegen. Seine Parteigänger konnten nicht unerhebliche Wahlerfolge in den USA verzeichnen und erheblichen Einfluß auf die praktische Politik wie SDI-Programm oder als Anti-AIDS-Kampagnen getarnte Aktionen gegen Farbige und Randgruppen nehmen. Ableger seines Netzes in der Bundesrepublik sind die EAP („Europäische Arbeiterpartei“), das „Schiller Institut“ und die „Bürgergruppe Patrioten für Deutschland“ mit der sie 1985 bei der niedersächsischen Landtagswahl 11287 Wähler mobilisieren konnte.

Erklärtes Ziel ist, „nicht mehr immer in die CDU zu intervenieren“, sondern rechts davon „eine überparteiliche Sammlung aller patriotisch gesinnten Mitbürger ... Gruppen und Vereinigungen durchzuführen“.

Das Programm:

Im Zentrum des Programms steht der „Verfassungsauftrag Wiedervereinigung“, welcher als „Naturrecht“ bezeichnet wird. Die „östliche Zivilisation“ wird als rassistisch bezeichnet, die keine „persönliche Freiheit des Individuums“ kenne. Im Namen dieses „Naturrechts“ arbeiten die „Patrioten“ für den „Zusammenbruch des Sowjetregimes“ und stellen unbegrenzte Gebietsansprüche. Für diesen Kampf wird dementsprechend gefordert, den „Technologiesprung“ durch SDI voll zu nutzen, die „konventionelle Kampfkraft“ auszubauen, die „Befreiung“ von



„nach dem Krieg verhängten Forschungsverbote“ durchzusetzen, insbesondere „eigene Trägerraketen“ zu entwickeln, und dies alles in eine „strategische Blitzkriegskonzeption der NATO“ einzubetten, die zur „raschen Beendigung“ des Krieges führen soll.

Um die Bereitschaft für diesen Kampf in der Bevölkerung zu stärken, wird die Tradition der Volksgemeinschaft gefordert. Diese „Volksgemeinschaft“ soll gegen den Feind im „Osten“, aber auch gegen den drohenden „biologischen Untergang“ durch „zig-Millionen Afrikaner“, die von der „Weltseuche AIDS“ befallen sind und gegen den „Staatsterrorismus“ von Syrien, Libyen oder Iran“ zu Felde ziehen. Und auch der „innere Feind“ ist klar ausgewacht: „gewalttätige Demonstranten, Linksextremisten im öffentlichen Dienst, Kommunisten“ und die „Überlappung dieser Szene mit grünen Abgeordneten“.

Demersprechend wird der Ausbau des Kontrollsystems und das Verbot der Grünen gefordert.

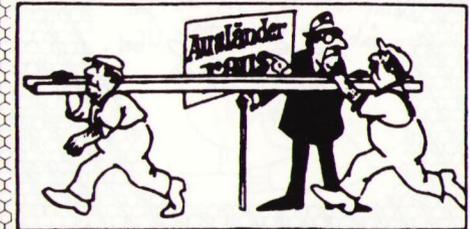
Die Politik der „Patrioten“ zielt im wesentlichen auf die Entwicklung skrupelloser Eliten. Zwei Schwerpunkte sind unverkennbar: Ausbau des Einflusses der „Patrioten“ im Offizierskorps der Bundeswehr und unter den mit Kernenergie und Kernwaffen befaßten Wissenschaftlern. Über das zur LaRouche-Gruppe gehörende „Fusion-Energie-Forum e.V.“ (FEF) werden Tagungen organisiert, Wissenschaftler wie Ulf Merbold (Raumfahrer) interviewt, und Artikel in offizielle Bundeswehrzeitungen untergebracht.

Das Programm der „Patrioten“ bestätigt: Sie müssen sich nicht Faschisten nennen, um es zu sein.

Interview mit dem türkischen Arbeiterverein

Anläßlich der Bundestagswahl führte der türkische Dachverband FIDEF eine bundesweite symbolische Wahl für alle Türken durch. Dieser Aktion schloß sich im November auch der Türkische Arbeiterverein Retid aus Recklinghausen an, um für das Wahlrecht der 5000 Türken in Recklinghausen zu kämpfen. Gesellschaftliche Pflichten, wie z.B. Arbeiten, Steuerzahlen haben die hier lebenden Ausländer genug zu erfüllen. Von demokratischen Rechten, wie z.B. dem Wahlrecht, sind sie ausgeschlossen. Die meisten leben schon seit über 20 Jahren hier; ausländische Jugendliche möchten auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben.

Ohne Mitbestimmungs- und Einflußmöglichkeiten auf ihre Lebensbedingungen ist dies ein menschenunwürdiger Zustand.



Die Antifaz interviewte Behattin Erden, den Vorstandsvorsitzenden des Vereins zu den Absichten, Ergebnissen und Perspektiven dieser symbolischen Wahl.

B.E.: Von den insgesamt 2000 Türken, die eine Wahlbenachrichtigung erhielten, haben sich 1200 an der Wahl beteiligt. Wir sind von Tür zu Tür gegangen, haben lange Diskussionen über die Wichtigkeit des Wahlrechts und über die Parteien geführt. Die Wahlbeteiligung beweist, daß das Interesse, zu wählen, recht groß ist. In Herten bekamen die Organisatoren der Testwahl Unterstützung durch islamische Gruppen: Drei Moscheen schlossen sich der Forderung nach dem Wahlrecht an.

Antifaz: Was wollt ihr mit dieser symbolischen Wahl erreichen?

B.E.: Unsere Absicht war die, den Türken die Bedeutung des Wahlrechts klarzumachen. 90 % der Türken, die hier leben, haben weder in ihrer Heimat noch in Deutschland die Möglichkeit gehabt, zu wählen. Sie sind also noch nie mit demokratischen Mitbestimmungsformen vertraut gemacht worden. Wahlrecht heißt, sich am politischen Leben beteiligen zu können, mit dem Ziel, zumindest indirekt Einfluß auf die Gestaltung der Lebensbedingungen zu nehmen.

Antifaz: Wie waren die Reaktionen der Türken auf eure Aufforderung zur Testwahl?



Antifaz: Wie wurde gewählt?
 B.E.: In RE entschied sich die Mehrheit für die SPD mit 53 % der Stimmen. Auch bei den Türken gilt die SPD immer noch als Arbeiterpartei, allerdings mit der Einschränkung, daß auch sie nicht viel für sie getan hätte. Die CDU erhielt 1,5 %, die FDP 1,2 % und die Grünen 19,7 % der Stimmen.

B.E.: Die Dachorganisation FIDEF hat in ihrer Vorbereitung sämtliche Organisationen anderer Nationalitäten aufgefordert, die symbolische Wahl gemeinsam durchzuführen. In verschiedenen Städten ist dies dann auch geschehen. In RE besteht die Schwierigkeit, daß diese Gruppen sehr schwer anzusprechen sind, weil sie kaum über (politische) Organisationen oder Gruppen, allenfalls über Fußballvereine erreichbar sind. In RE wurde dennoch appelliert, sich an den symbolischen Wahlen zu beteiligen.

Antifaz: Richtig. Die Kampagne hätte ein größeres politisches Gewicht bekommen, wenn sie von allen Nationalitäten geschlossen mitgetragen und durchgeführt worden wäre.

Wie geht es jetzt weiter?

B.E.: Die Wahlscheine und Ergebnisse sind bei der SPD mit der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht abgegeben worden. Bis jetzt ist mit keinem Wort auf die Kampagne reagiert worden.

Reaktionen erhielten wir jedoch aus der rechten und rassistischen Ecke. In zwei Leserbriefen sprachen sich die Verfasser Hubert Reine und ein ausländischer Arzt gegen das kommunale Wahlrecht aus.

Am Schluß des Interviews bekräftigte Behattin Erden und die Antifaz den Willen, sich in Zukunft stärker gegen Ausländerfeindlichkeit und Faschismus zusammenzuschließen und die Zusammenarbeit aller Antifaschisten in RE zu verbessern.

Wir danken Dir, Behattin, für das Interview!

xxx



Schluß mit den ewigen Kompromissen: dieses Mal wähl ich das größte Übel



Antifaz: Bei welchen Problemen werden Ausländer vor allem von den Parteien im Stich gelassen?

B.E.: Die Hauptprobleme sind nach wie vor schlechte Wohnverhältnisse, starke Schulprobleme und die hohe Arbeitslosigkeit unter türkischen Jugendlichen. 40 % von ihnen sind ohne Arbeit. Sie sind nach meinen Beobachtungen völlig isoliert, schotten sich vor allem wegen der starken Ausländerfeindlichkeit von der Außenwelt ab. In ihrer Hoffnungslosigkeit entwickeln sie eine ganze Menge Wut und Aggressionen. Obwohl sich die Jugendlichen an der symbolischen Wahl beteiligt haben, schliessen sie sich nicht zusammen, um sich gemeinsam zur Wehr zu setzen.

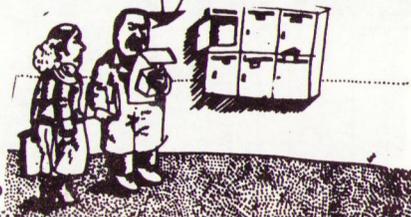
Antifaz: Bei dieser Testwahl fällt auf, daß sich ausschließlich türkischen Landsleute an der Wahl beteiligt haben. Wo waren andere ausländische Gruppen wie die Griechen, Jugoslawen, Italiener, die ja gleichermaßen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind?

Kein Austragen der NPD-Post

Wahlhelfer für die NPD - so wollten die Postler aus Bochum ihre Dienstaufgabe nicht verstanden wissen. Sie weigerten sich geschlossen, rechtsradikale offene Wurfungen mit dem Pamphlet "Deutschland den Deutschen" auszutragen. Der Inhalt des Flugblattes richtet sich gegen Asylbewerber.

Die Rechnung machten sie ohne die Postordnung und Oberpostdirektion. Dort hieß es: "Solange der Inhalt nicht gegen die guten Sitten" verstoße und niemand "beleidigt" werde, wäre dagegen nichts einzuwenden. Schließlich können Bürgerinitiativen gegen Atomkraft ebenfalls den Service der Post in Anspruch nehmen: Das genaue Gegenteil beweist der Fall in Siegen. Dort versahen die Grünen ihre Briefumschläge mit dem Stempel "Auslieferung eines durchgestrichenen Atomkraftwerkes". Diese Post wurde von der Beförderung ausgeschlossen. Die Außenseite von Briefen müsse von "politischen und religiösen Meinungsäußerungen freigehalten werden", so der Sprecher Schwarz-Schillings Czerwinski.

Jetzt hat Staup noch die NPD gekauft - für eine Mark



NPD-Parteitag in Waltrop?

Waltrop ist eine der Städte, in der die NPD den Tagungsort für ihren Landesparteitag beantragt hat. Zahlreiche Städte (Dortmund, Herne, ...) weigerten sich bislang der faschistischen NPD Räume zur Verfügung zu stellen. So sind sich die Waltroper Ratsparteien ebenfalls einig: Die beantragten Räume der Stadthalle sollen sie nicht bekommen. Für den CDU-Vorsitzenden Rolf Lütkenhaus steht es "außer Frage": man werde "voll die Bestrebungen unterstützen, diese Veranstaltung zu verhindern". Er ruft zum "Schulterschluss aller im Rat Verantwortung tragenden Parteien" auf. So kam es zur "Großen Koalition" aller Ratsparteien, die in seltener Einigkeit gegen die faschistische NPD zusammenstehen (WAZ, 06.02.87). Die Grünen, bereit zur "interfraktionellen Einigkeit" (CDU, SPD (Jusos), Grüne) begrüßten, "daß der

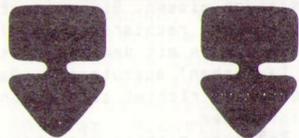
Stadtdirektor alle Möglichkeiten prüfen will, das Stattfinden des Parteitages zu verhindern".

"Neben dem Ausschöpfen aller rechtlichen Möglichkeiten ist jetzt ein gemeinsames machtvolles Vorgehen aller demokratischen Kräfte notwendig", so die Grünen. Allerdings: Mit dem Versuch, eine Großveranstaltung der Rechtsextremen zu verhindern, ist Waltrop bereits einmal gescheitert. Die Wiking-Jugend konnte durch Ausschöpfung aller Rechtsmittel ein Camp auf Waltrops Oberwiesen durchführen. Als leider immer noch zugelassene Partei wird die NPD wahrscheinlich eine Genehmigung erhalten.

Die Forderung nach einem Verbot der NPD und aller faschist. Organisationen ist deshalb dringend notwendig: Faschisten haben kein Recht, das demokratische Feld für revanchistische Gebietsforderungen und Kriegsziele gegen

den "Osten", für die Propagierung faschistischer Volksgemeinschaft und für rassistische Hetze gegen die ausländische Bevölkerung zu mißbrauchen. Auf Grundlage des Artikels 139 Grundgesetz sind alle bestehenden faschistischen, militaristischen, rassistischen Organisationen verboten. Die NPD und andere fasch. Organisationen haben demnach kein "Anrecht" auf städtische Räume. Die Stadt hat das bestehende Verbot faschistischer

Versammlungen, Kandidaten zu Wahlen, etc. ist danach nicht Sache des Bundesverfassungsgerichtes, sondern betrifft die Anwendung des bestehenden Verbots durch die einzelnen Behörden." Darauf könnte sich die Stadt Waltrop berufen und durch die Verwaltung der NPD die Räume verweigern.



Das Beispiel Herne macht es deutlich: Mit einer gerichtlichen Genehmigung des Verwaltungsgerichts konnte die NPD trotz Verweigerung der Räume durch die Stadt Herne und Gegendemonstration einen ganzen Tag das Kulturzentrum der Stadt nutzen. Den Antifaschisten blieb nur noch die Möglichkeit auf das faschistische Treffen zu reagieren. Darum ist es wichtig, der NPD bei ihrem nächsten Parteitag von vornherein jedes Mittel zur Durchführung ihrer faschistischen Politik zu entziehen. XXX



Betätigung durchzusetzen. Verwaltungsgerichte in Frankfurt, Mannheim und Muppertal beschlossen, daß die "Tätigkeit der NPD als Erneuerung der durch das Gesetz Nr. 5" (Gesetz der Militärregierung - Deutschland von 1945) verbotenen nationalsozialistischen Tätigkeiten anzusehen ist...". Der NPD sind aus diesem Grunde öffentliche Räume zu versagen.

In der Bundesrepublik werden auch andere Rechtsauffassungen vertreten, die Bildung faschistischer Organisationen und die Verbreitung faschistischer Ideologie erlaubt und den Artikel 139 als nicht mehr gültig erklärt. Es drückt sich darin der politische Wille aus, von der Kritik faschistischer Ziele wegzukommen. Der Bundesgerichtshof hat 1958 bestätigt, daß das von den "früheren Besatzungsmächten" erlassene Kontrollratgesetz - Verbot faschistischer Organisationen und Betätigung - gültig ist". Auf internationaler Bühne sieht sich die Bundesregierung genötigt, diesen Standpunkt zu bestätigen (nachzulesen im "Bericht der Bundesregierung an die UNO vom 31.07.1970). Die Unterbindung der Tätigkeit faschistischer Organisationen wie z.B.



+++ AFB informiert +++
informiert +++ AFB info

Vom 3.-5. April fährt der AFB in einer Gruppe zu einer Wochenendfreizeit nach Papenburg im Emsland. Dort wollen wir das Aktionskomitee für ein "Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager" besuchen.

Das DIZ hat eine Ausstellung, Diavorträge und Videofilme über die Emslandlager zusammengestellt. Außerdem wollen wir auf einer Rundfahrt die Überreste der ehemaligen Arbeitslager für überwiegend politische Gefangene des 3. Reiches besichtigen.

Das Wochenende wird aber nicht allein aus Informationsveranstaltungen bestehen, sondern auch aus gemeinsamer Freizeit (z.B. Spazierengehen, Spielen, ...) und gemütlichem Beisammensein. Wir werden in der Jugendherberge Papenburg übernachten. An Kosten werden für den einzelnen etwa 25,- DM entstehen.

Wer mitfahren möchte, melde sich bei Falko Wieneke, Herner-Str. 8, Tel.: 02361/27302.

xxx



Felix Nussbaum, Jagdi auf der Straße, 1944.
Alle Bilder aus: Widerstand statt Anpassung, Elefant Press 1980

Veranstaltung zum Thema "NPD-Parteitag"

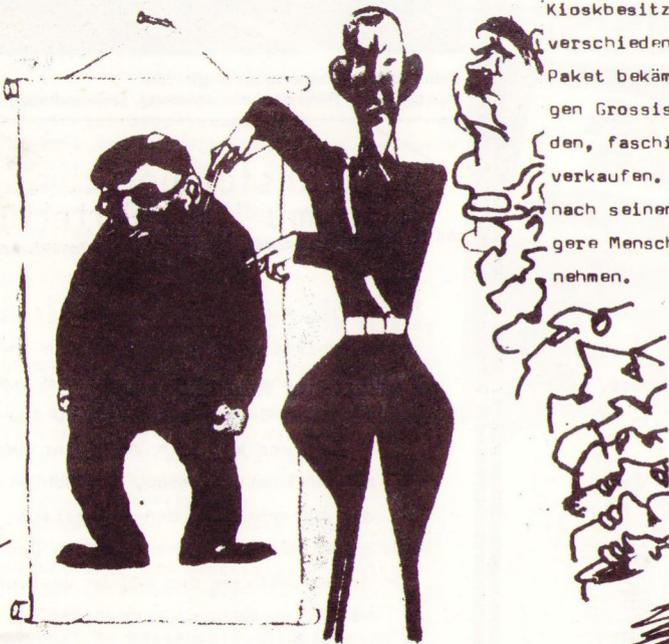
Am 25. Febr. führte der AFB (Anti-faschistischer Bund RE) einen Informations- u. Gesprächsabend zum Thema "NPD-Parteitag" durch. Anwesend war auch ein Vertreter der Grünen Liste Waltrop, Udo Schüklenk, der Näheres über den Widerstand gegen die Durchführung eines Landesparteitages der NPD in Waltrop mitteilen konnte. Dort wurde der NPD die Benutzung der Stadthalle aus terminlichen Gründen verweigert.

Gegen das Vorhaben der NPD hat sich in Waltrop ein breites politisches Aktionsbündnis gebildet, so daß sich sogar die Junge Union genötigt fühlte zu reagieren: Sie stellte einen Antrag auf Verbot der NPD, bezog aber auch die DKP mit ein. Diese Gleichsetzung der "Extreme" zeigt einmal wieder, wie wenig die JU "kopiert" hat. Auch andere Grüppchen waren mit dem breiten Widerstand nicht einverstanden: So meldeten sich per Telefon anonyme NPD-Wähler, die die Frage stellten, warum man denn die NPD so negativ einschätzen würde. Schließlich sei sie doch demokratisch, gegen AKW und sogar gegen die NATO und würde doch auch für die Auflösung der Blöcke eintreten. Vergessen haben diese

Wähler sicherlich, daß die NPD nur einen großen Block will - Groß-Deutschland.

Eine positive Folge der breiten Diskussion in Waltrop ist, daß eine langfristige Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung geplant ist. So werden z.B. VHS-Seminare eingerichtet, in denen gezeigt werden soll, daß die NPD eben nicht demokratisch, sondern eine "Neo-Nazi"-Partei ist. Verstärkt soll diese Aufklärung auch in den Schulen durchgeführt werden.

Im Rahmen des Protestes bildete sich außerdem eine Aktion gegen den Verkauf von faschistischen Zeitungen an Kiosken (z.B. Deutsche Nationalzeitung). Zu solch einem Boykott wurde bereits Anfang Februar in Trier aufgerufen. In Waltrop meldete daraufhin ein Kioskbesitzer, daß die Läden die verschiedenen Zeitungen in einem Paket bekämen und somit von einigen Grossisten verpflichtet werden, faschistische Zeitungen zu verkaufen. Erschreckend ist, daß nach seinen Aussagen gerade jüngere Menschen diese Zeitungen abnehmen.



George Grosz, Nazi und Jude, ca. 1935.

Im Laufe des Abends wurde darüber informiert, daß die NPD auch in Essen einen Landsparteitag angemeldet hat, gegen den bereits in einem breiten Bündnis das Antifaschistische Forum Essen Widerstand angekündigt hat.

Um diese Aktionen zu unterstützen, wurde beschlossen, auch hier in RE ein Bündnis aller demokratischen Parteien und Organisationen gegen den NPD-Parteitag zu bilden.

Das nächste Treffen hierzu findet am 11.03.'87, 19.00 Uhr in der Altstadt Schmiede statt. Vertreter der JuSo, der SDAJ und des AFB haben bereits Interesse bekundet.

Alle Organisationen, Verbände und Einzelpersonen sind herzlich eingeladen !!!

x xx

Nachweis zum faschistischen Charakter der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands"

Der Aussage: "die NPD ist faschistisch" begegnet die Justiz mit der Feststellung, sie könne nichts Faschistisches am Programm der NPD erkennen. Wir beabsichtigen aus diesem Grunde einen Nachweis über den faschistischen Charakter der NPD zu führen, um ein Verbot dieser Partei zu bekräftigen. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Geschichte der NPD, der NPD heute und ihrem Wirtschaftsprogramm. In der nächsten Ausgabe stellen wir den Programmateil "Sozial- und Familienpolitik" vor.

Geschichte der NPD

Schon bald nach 1945 konnten Nazi-Agitatoren-Goebbelscher Prägung wieder ihre eigenen Organisationen und Parteien bilden. Parteien, wie die "Deutsche Rechtspartei" (Gründung 1949), wenig später der "Sozialistischen Reichspartei" und der "Deutschen Reichspartei" bekannten sich teils verdeckt, teils offen zum

Nationalsozialismus. Trotz ihres kurzen Bestehens konnte z.B. die "Sozialistische Reichspartei" aufsehenerregende Wahlerfolge in Niedersachsen bei den Landtagswahlen (1951) erreichen. Sie errang 11% der Stimmen. In Bremen zog sie mit 7,7% in den Landtag. Im Oktober 1952 wurde sie endlich als verfassungswidrig erklärt und verboten. Die "Deutsche Reichspartei" beschloß im Juni 1964 "eine Union aller nationaldemokratischen Kräfte" zu gründen. Vorbild dafür war der ermutigende Zusammenschluß vom Herbst 1963 von "Deutscher Partei", "Deutscher Reichspartei", "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" usw. zur Bremischen Bürgerschaftswahl, die mit 5,2% der Stimmen über vier Mandate verfügten. Aus der "Union aller demokratischen Kräfte" entstand am 28. November 1964 in Hannover die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD), 473 Beteiligte erklärten ihren sofortigen Beitritt, ihr Vorsitzender hieß Fritz Thielen.



Die NPD tarnt sich als demokratische Partei und leugnet ihren rechtsradikalen Charakter. Tatsache ist jedoch, daß ein großer Teil (30-40%) der Funktionäre in der rechtsextremen "Dt. Reichspartei" organisiert waren. 3800 Mitglieder hatten ihre politische Heimat in anderen rechtsextremen Gruppen. Einige waren als verfassungsfeindlich aufgelöst worden, mindestens 1200 Mitglieder waren ehemalige NSDAP-Anhänger. Nur 12% der NPD-Mitglieder waren bisher nicht in rechtsextremen Gruppen organisiert gewesen.

Der Aufbau der NPD im gesamten Bundesgebiet vollzog sich zügig, da sie von anderen rechtsextremen Gruppen tatkräftig unterstützt wurden (z.B. dem "Gesamt. Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechneten", der "Gesamt. Partei" usw.). Dementsprechend konnte die NPD am 1. Oktober 1967 mit 466 Kreisverbänden aufwarten und im Juli 1968 40000 Mitglieder verzeichnen.

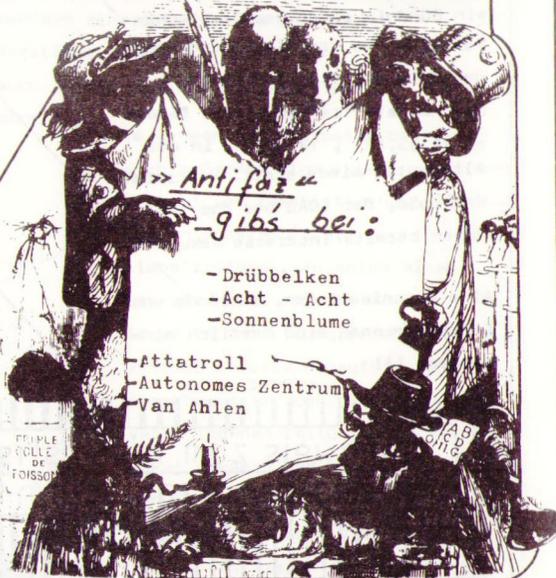
Wie sehr es der NPD gelang in verschiedene gesellschaftliche Bereiche einzudringen macht das Beispiel Bundeswehr deutlich: Die im März '67 erstellte "Empirische Untersuchung über das Wahlverhalten an Bundeswehrstandorten" belegte den überproportionalen Zuspruch von Soldaten für die NPD: dieser lag bei 20 bis 25 Prozent. Bei Landtagswahlen in Hessen, Bayern, Rheinlandpfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen gelang der NPD in den Jahren 1966 bis 1968 der entscheidende Durchbruch. In Badenwürttemberg erreichten sie mit 9,8% den Höhepunkt ihres Erfolges.

Im Jahre 1969 scheiterte die NPD bei den Bundestagswahlen mit 4,3% an der fünf Prozent Hürde. Für diese Wahlniederlage, so die NPD, war vor allem der "Parolenklauf der Unionspartei schuld". "Wenn man heute manchen Herren der CDU reden hört, dann stellt sich die Frage, ob der Betreffende überhaupt noch für die CDU spricht, so deutlich ist die Übernahme aller Argumente, mit denen wir Nationaldemokraten ...völlig allein standen. (Zitat nach: zeichen, Nr.1/1982)

Ein niedersächsischer Bundestagsabgeordneter dazu: "Was die (NPD) an nationalen Anliegen ...haben, das praktizieren wir täglich!" Dieses Zitat verdeutlicht den Rechtsruck der CDU/CSU, die das Ziel hatten, eine rechte "Sammelbewegung gegen die Verzichtspolitik der Sozialdemokraten" zu schaffen. (Strauß)

Auch nach den Bundestagswahlen führte die Rechtskoalition einen erbitterten Kampf gegen die Ostpolitik der SPD/FDP mit dem Ziel die "Ratifizierung der Ostverträge" zurückzunehmen.

Mitverantwortlich für den Verlust von Wählerstimmen war die dritte Anti-NPD-Bewegung, die den Einzug der Rechtsextremen in den Bundestag verhindern wollte. Aber auch die wirtschaftliche Krisensituation in der BRD, die einen raschen Aufstieg der NPD bewirkte, ging 1968 wieder zurück.



Damit war die Erfolglosigkeit der NPD, die ihre letzten Landtagssitze 1972 abgeben mußte, vorprogrammiert. Zuwenig Raum hatte die weit rechts gerichtete CDU/CSU den "Nationaldemokraten" gelassen. Mitgliederschwund, Zersplitterungen, innerparteiliche Machtkämpfe bei der NPD waren die Folge. Gruppen junger NPD-Mitglieder sonderten sich von der Partei ab, waren frustriert aufgrund der Wahlniederlagen und agierten verstärkt militant. Die alten Herren waren in ihren Augen "liberal-konservative Scheisser" und bürgerlich schlappe "Gartenlauben-Patrioten". Der gemäßigte Teil der NPD zog es vor auf "behutsame Art", lieber am Staatstisch, als auf der Straße Politik zu machen.

NPD-Heute

Die "Nationaldemokratische Partei" ist trotz ihres rapiden Abstiegs immer noch die größte rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik. Mit dem Slogan "Breslau, Königsberg, Stettin sind deutsche Städte wie Berlin", verlangt die NPD die Wiederherstellung des "Großdeutschen Reiches".

Sie fordern neben dem Kampf gegen "Marxismus und Kommunismus" eine "angemessene ehrenhafte und finanzielle Wiedergutmachung für die gedemütigten Wehrmachts-, Waffen-SS und SS-Angehörige". Im Zusammenhang mit der Ausstrahlung des Fernsehfilms "Holocaust" vertrat sie die Auffassung, die "volksverhetzenden Greuelmärchen US-jüdischer Geschäftemacher" sollten "unserem Volk den endgültigen Garaus" machen.

Die NPD macht nicht nur soziale Themen, wie Arbeitslosigkeit zu ihren Themen. Neuerdings bedient sie sich der Sorge um die wachsende Umweltzerstörung. "Zur Erhaltung unseres Volkes" haben die Rechtsextremen z.B. folgende Vorschläge: "Es muß ...ein Umdenken eingeleitet werden, daß durch alternative Energien keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut werden und die derzeit arbeitenden überflüssig gemacht werden". Die NPD fordert: "Ausländerstopp & Deutschland den Deutschen". "Wenn die Ausländerflut weiter anhält und keine positive Änderung in der deutschen Geburtenrate eintritt, wird das

deutsche Volk in 100 Jahren endgültig "nationalen Selbstmord begangen haben". Die NPD tarnt sich nicht nur hinter der von ihr ins Leben gerufenen "Bürgerinitiative Ausländerstopp". Mit allen Mitteln versucht sie, sich ein demokratisches Image zu verschaffen. Unterstützung bekamen sie in ihrem Anliegen bereits vor Jahren vom 4. Senat des badenwürttemberg.

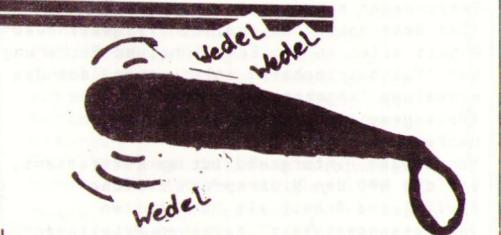
Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim, der entschied, daß die NPD keine "verfassungsfeindlichen Ziele im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes verfolgt."

Um nicht-vornherein als abschreckend zu wirken, verzichtet die NPD darauf, Stellung zur nationalsozialistischen Vergangenheit zu ziehen. Die "Nationaldemokraten treten dafür ein, daß die Probleme der Zukunft gelöst werden" und lehnen ein "Heruawählen in den Jauchepfeulen der Geschichte" ab. Die ersten Wahlerfolge bilanzierten die "Nationaldemokraten" wieder bei den Europawahlen 1984. Die Wählerschaft der Rechtsextremen war von der Bundestagswahl im März 1983 bis zur Europawahl im Juni 1984 von 90000 auf 198000 Stimmen angewachsen. Als Zwischenziel steuerten sie bei der nächsten Bundestagswahl 900000 Wählerstimmen an.

Die NPD pflegt intensive Kontakte zur rechtsextremen "Nationalen Front" unter Jean-Marie Le Pen in Frankreich. Beide würden nach Auskunft der "Deutschen Stimme 1979" "harmonisch zusammenarbeiten".

Faschistische Wirtschaftspolitik im Nationalsozialismus

Faschistische Wirtschaftspolitik bedeutet für die arbeitende Bevölkerung die Aufhebung aller bestehenden bürgerlichen Rechte und Freiheiten. Die Zerschlagung der Gewerkschaften war die Voraussetzung für die schonungslose Ausbeutung und Verelendung der Arbeiter/innen. Stattdessen schufen die Faschisten Zwangsorganisationen ("Deutsche Arbeitsfront") zur Durchsetzung der zum Allgemeinwohl erklärten Politik des Kapitals gegen die Arbeiter/innen. Umfassende Militarisierung der Gesellschaft garantierte den Faschisten die maximale Ausbeutung der arbeitenden Klasse, die Unterjochung anderer Völker und die Führung des imperialistischen Krieges. Wer sich nicht den faschistischen Zielen der "Volksgemeinschaft" unterordnete und keine blinde Gefolgschaft leistete, wurde als "Volksschädling" bekämpft. So galten die Interessen und Forderungen der Lohnabhängigen nach besseren



Arbeitsbedingungen als "volksschädlich" und als "eigennützige Sonderinteressen". Koalitions- und Streikrechte der Arbeiter/innen verhinderten "Gemeinnutz". Zwangsarbeit ohne Lohn, Verzicht auf Arbeitslosenunterstützung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen waren die bitteren Folgen der zum Allgemeinwohl erklärten Politik.

Die eigentlichen Nutznießer von Volksgemeinschafts- und Gemeinnutzideologie waren die Wirtschaftskonzerne. Sie profitierten von staatlichen Abnahmegarantien, der gewaltsamen Konzentration gesellschaftlicher Mittel für den Ausbau der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur (Infrastruktur), usw..

Im Namen des "Gemeinnutzes" wurden Profitinteresse, Rüstungsproduktion und zügellose Expansionsziele der deutschen Wirtschaft gerechtfertigt.

"Der Arbeiter muß wissen, daß die Blüte der nationalen Volkswirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeutet! Gemeinnutz geht vor Eigennutz - notfalls mit der terroristischen Zerschlagung der Gewerkschaften und der Klassenorganisation der Arbeiter". (A. Hitler, Mein Kampf, 2. Bd.) Die sozialen Interessen der Lohnabhängigen sollten im faschistischen Kampf um nationale Interessen als gesichert erscheinen. (Schutz der dt. Volksgemeinschaft gegen Überfremdung durch ausländisches Kapital). Parallelen zwischen faschistischer Wirtschaftsführung im Nationalsozialismus und NPD-Programm sind offenkundig.

Die NPD zeichnet in ihrem Programm mit den Grundsatz "Gemeinnutz gegen Eigennutz" die große Gemeinsamkeit aller auf: "Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sie muß dem Volke dienen; sie hat einen dienenden, keinen herrschenden Rang". (NPD-Programm) Die NSDAP verstand unter Gemeinnutz: "...die Aufopferungsfähigkeit des einzelnen für die Gesamtheit -...in der Hingabe des eigenen Lebens für die Existenz der Gemeinschaft liegt die Krönung allen Opfersinns!"

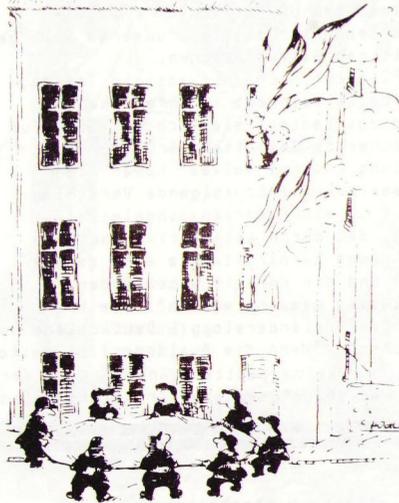
Die Gemeinnutzgedanken der NPD fußen direkt auf Punkt 18 des NSDAP-Programms, wo es heißt: "...rücksichtsloser Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeinwesen schädigen".

"Der Gemeinnutz" beinhaltet die gemeinsame Arbeit aller an der Erhaltung und Sicherung der "Volkswirtschaft" entsprechend der dem einzelnen "angeborenen" und durch die "Volksgemeinschaft zur Ausbildung gebrachten Kräfte".

Vor diesem Hintergrund ist es interessant, daß die NPD den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als "überholten Interessengegensatz" zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bezeichnet. Sogenannte "Betriebsgemeinschaften" sollen harmonische Zusammenarbeit garantieren. Diesen Widerspruch sieht die NPD aufgehoben und gelöst in der gemeinsamen Vertretung nationaler Interessensstandpunkte, die durch staatliche Wirtschaftspolitik gesteuert werden soll. Die NSDAP tat dies mit der Propaganda gegen das

"Großleihkapital" und "Judentum", die NPD tut dies in ihrem Programm im Abschnitt "Die Volkswirtschaft - Mensch und Arbeit": gegen multinationale Konzerne ("Schutz der deutschen Volkswirtschaft gegen die Überfremdung durch ausländisches Kapital"), gegen die ausländischen Arbeiter ("der Deutsche Arbeiter muß innerhalb unserer

Volkswirtschaft vorrangig Anspruch auf Sicherung seines Arbeitsplatzes haben") und gegen Mittelstandsvernichtung durch "Behörden und Grauen Markt" ("die Selbstständigen sind ...für die Bewahrung des gewachsenen Volkstums...") Die NPD garantiert auf der einen Seite der "privaten Unternehmerinitiative volle unternehmerische Freiheit in sozialer Verpflichtung". "Die Leitung der Unternehmen ist dabei vorrangig Sache der privaten Unternehmerinitiative". Auf der anderen Seite werden Gewerkschafter, die überbetrieblich organisiert sind zu "betriebsfremde(n) Interessenvertretern" oder "betriebsfremden Stellen" erklärt.



*"ICH SPRINGE NUR,
WENN KEIN KOMMUNIST DAHIN IST."*

Jede gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb könnte in der Umsetzung des NPD-Programms als betriebsfremde, als von außen gesteuerte Maßnahme verboten werden. Wird zudem - wie bei der NPD - die staatliche Kompetenz bis dahin, daß die Tarifautonomie eingeschränkt ist, ausgebaut, verkommt eine Gewerkschaft dahin, ihre Interessenvertretung nur noch in Form wirtschaftlicher Apelle wahrzunehmen.

"Die Führung der deutschen Volkswirtschaft muß in der Verantwortung des Staates liegen, der im Gesamtinteresse entsprechende Richtdaten durchsetzt. Die Tarifautonomie findet dort ihre Grenzen, wo auf Kosten des Ganzen und ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl verfahren wird."

Das Eintreten der NPD für starke Gewerkschaften ist vor diesem Hintergrund ihres fortschrittlichen Anspruchs beraubt. Wirkliche Interessenvertretungen der arbeitenden Bevölkerung gegenüber dem

Kapital könnenes jezufalls nicht sein. Gewerkschaftsfeindlichkeit, die Leugnung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, Gemeinnutzideologie belegen die Orientierung des NPD-Programms an der nationalsozialistischen Praxis.

Abschließend soll noch auf die Programmpunkte der NPD zur "Leistungsgemeinschaft" und zur Ideologie "Jedem das Seine" eingegangen werden.

Leistungsgemeinschaft

Daß die rassistisch definierte Volksgemeinschaft klassenlos sein soll gehört zur faschistischen Demagogie. Daß in der Volksgemeinschaft dennoch keine Gleichheit herrschen kann, ebenso. Also tritt die NPD für die Durchsetzung des "Leistungsprinzips" und die Errichtung der "Leistungsgemeinschaft" ein. Das "Leistungsprinzip" ist definiert als "dem Mensch die Möglichkeit schaffen, seine Kräfte in der verpflichtenden Verantwortung für die Gemeinschaft seines Volkes zu entfalten". (NPD-Programm)

Damit knüpft die NPD an die Tradition der NSDAP an. Diese vertrat die Losung: "Freie Bahn dem Tüchtigen". Die Durchsetzung der Entlohnung nach Leistung bedeutete im Faschismus, daß den Lohnabhängigen jedes Recht auf Unterhalt abgesprochen wurde. Der Maßstab für die Entlohnung war der, welchen Stellenwert Kapital und Staat der Arbeit des einzelnen zuwiesen. Das Kapital organisierte die "Leistungsgemeinschaft der Deutschen" entsprechend ihrer Profitinteressen. Die staatlich geförderte Ausweitung von Akkordarbeit, Verschärfung der Akkorde im Rahmen von "Leistungswettbewerben", trug dazu bei, die hart Arbeitenden auf einen Lohn zu drücken, der im umgekehrten Verhältnis zu der Verausgabung ihrer Arbeitskraft stand.

"Jedem das Seine"

"Jedem das Seine" ist eine wichtige Propagandalosung der NPD aus dem Düsseldorfer Programm 1973. Diese Losung sollte Faschismus abgrenzen vom kapitalistischer Geldgier-Herrschaft ("Alles gehört einem") und vom marxistischen Sozialismus ("Alles gehört allen"). Jedem das Seine sollte bedeuten, daß jeder in der Gesellschaft das bekommen sollte, was ihm angemessen sei. Jeder behält das, was er hat, das Privateigentum wird voll und ganz anerkannt, weil "zutiefst verankert im arischen Wesen". Die Parole wurde als Angriff auf alles Nichtarische verwandt, die Menschen in

"ehrlieh schaffende und raffende" unterteilt. Der Arier schafft, und der Jude errafft sich die Welt. Kampf gegen die Juden ("Großleihkapital") und Marxismus, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, wegen ihrer rücksichtslosen Gewinnstrebens um höhere Löhne waren die brutalen Folgen, die mit der Ideologie "Jedem das Seine" gerechtfertigt wurden. Gottfried Feder, Schöpfer dieser Theorie, meinte "Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Thyssen, Borsig ...haben sich in sozialer Hinsicht einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Industrie gesichert. Sie alle waren nicht von einem Gewinnstreben beherrscht, ...nur das Gedeihen ihrer Werke war ihr Leitstern". Insoweit hat der Grundsatz "Jedem das Seine" ausgesprochen konservative Charakter als Parole der Verteidigung der bestehenden Eigentumsverhältnisse. (Zitat: Gottfried Feder, 1934). x x x

Impressum



Die Antifazt erscheint ca. alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Selbstverlag: Antifaschistisches Forum, RE, Münsterstr.2a, 4350 RE

Druck: "Ziegelbrenner" - Verlagsgesellschaft m.b.H.

Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe: Eva Prausner; Presserechtlich verantwortlich für die Anzeigen dieser Ausgabe: Rolf Becker; Anschrift: Eva Prausner & Rolf Becker, Selbstverlag und Redaktion: Münsterstr.2a 4350 RE. Mitgewirkt haben: Peter, Veit, Rolf, Anette, Eva, Nikola, Falko, Susanne, Ingrid, Stefanie.



Buchvorstellung

Warum ein Buch vorstellen, das bereits vor zwanzig Jahren erschienen ist? Die Gründe hierfür ließen sich eventuell noch finden. Warum aber ausgerechnet ein Buch mit dem kuriosen Titel "Die Unfähigkeit zu trauern", geschrieben von zwei Psychoanalytikern, Alexander und Margarete Mitscherlich?

Wovon handelt dieses Buch, daß es hier seinen Platz gefunden hat? Der Untertitel gibt schon etwas mehr Auskunft: Grundlagen kollektiven Verhaltens. Lesen wir ein bißchen weiter, so wird sehr schnell klar, daß es hier weniger um Trauer an sich, als vielmehr um Deutschland und die Deutschen geht.

Die Mitscherlichs haben den Versuch unternommen, über einen psychologischen Ansatz die politischen und gesellschaftlichen Zustände, die politische Kultur in der Bundesrepublik zu erklären. Im Mittelpunkt stehen dabei Phänomene wie die Fixierung auf wirtschaftlichen Erfolg oder die politische Apathie, der "Mangel an sozialer Bestaltungskraft".

Die Ursachen für die gesellschaftliche Lage sahen sie in der Vergangenheit des Dritten Reiches und deren (Nicht-) Verarbeitung. Das wäre aber nun soweit nichts Neues, hätten die Mitscherlichs nicht, und hier beginnt es interessant zu werden, die Gründe und die Prozesse der Verdrängung, der Nichtverarbeitung und die Folgen offengelegt.

Zu Inhalt: Während der Zeit des Nationalsozialismus war die Person des Führers das zentrale Objekt der Identifikation, sie war "libidinös besetzt". Er war die Verkörperung eines "kollektiven Ich-Ideals", mit der sich eine Aufwertung der eigenen Person verband, in der sich "infantile Omnipotenzphantasien" und eine masochistische "Unterwerfungslust" trafen. Das Ende des Dritten Reiches, und mit ihm der Tod des Führers, war für die Deutschen mit einer traumatischen Entwertung des kollektiven Ich-Ideals (und damit ihres eigenen) verbunden. Der Zusammenbruch hätte eigentlich eine Trauerreaktion hervorrufen, zu einer "Melancholie der Massen" führen müssen. Dies wurde durch einen auf "Verleugnung" basierenden Selbstschutzmechanismus abgewehrt.

"Die Unfähigkeit zu Trauern um den erlittenen Verlust des Führers ist das Ergebnis einer intensiven Abwehr von Schuld, Scham und Angst; sie gelingt durch den Rückzug bisher starker libidinöser Besetzungen. Die Nazivergangenheit wird derealisiert, entwirklicht."

"Der ökonomische Gewinn dieses Vergessenkönnens, dieser Verfreudung der eigenen Vergangenheit, dieser Errichtung eines kollektiven Berührungstabus, ist nicht gering."

Doch dieser scheinbar mühelose Verleugnungsakt ist nicht ohne Folgewirkung geblieben. Abgesehen von der nicht stattgefundenen Vergangenheitsbewältigung sind die Auswirkungen auf das politische Bewußtsein der Deutschen von Bedeutung. Die Mitscherlichs konstatieren einen "psychischen Imobilismus", "eine Reaktionslosigkeit, die sich in unserem gesamten politischen und sozialen Organismus bemerkbar macht". Letztlich ist dies das Problem der politischen Apathie, "bei gleichzeitig hochgradiger Gefühlsstimulierung in Konsumbereich". Die libidinöse Energie, die von der Vergangenheit abgezogen wurde, sammelte sich wieder im "Wirtschaftswunder": im wirtschaftlichen Erfolg des Einzelnen.

"Wegen der Fortdauer dieser autistischen Haltung ist es einer großen Zahl, wenn nicht der Mehrheit der Bewohner unseres Staates nicht gelungen, sich in unserer demokratischen Gesellschaft mit mehr als ihrem Wirtschaftssystem zu identifizieren."

Tatsächlich kann man das letzte Zitat heute nicht mehr so unterstreichen wie vielleicht vor 20 Jahren. Trotzdem ist die "Unfähigkeit zu trauern" an vielen Stellen von verblüffender Aktualität. Zumindest öffnet es die Augen des Lesers für Zusammenhänge, über die bei uns immer noch nicht, schon wieder nicht mehr viel gesprochen wird.

Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern, München (Serie Piper) 1967, 1977 16,80 DM

Frank S.

„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“



Um die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) als faschistische Partei erkennen zu können, muß man zunächst ihre Entstehungsgeschichte analysieren.

Im Laufe des Jahres 1983 fand eine Vereinigung von Neofaschisten in den Organisationen "Aktionsfront Nationaler Sozialismus/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) statt. Mit dabei waren viele Mitglieder der ehemaligen "Wehrsportgruppe Hoffmann".

Im Grundsatzdokument der ANS/NA bekannten sich die Mitglieder zur "Tradition der SA" (Sturmabteilung der NSDAP) und "zum Kern und Sinn des 25-Punkte-Programms der NSDAP" (vom 24.2.1920). Diese faschistische Organisation war streng hierarchisch und militaristisch aufgebaut und hatte den mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Michael Kühnen als "Organisationsleiter" an der Spitze. Die ANS/NA wurde Ende 1983 von Innenminister Zimmermann, der unter starken öffentlichen Druck stand, verboten. Dieses Verbot stützt sich jedoch nicht auf den faschistischen Inhalt des ANS/NA-Programms, sondern auf ihre terroristischen Aktivitäten. Zu dieser Zeit war die Kaderbildung der ANS/NA bereits abgeschlossen, so daß die Faschisten sich nur einen neuen Deckmantel zulegen mußten. Als Ideallösung präsentierte sich in diesem Fall die FAP, die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei". Die FAP war 1979 von Martin Pape (ehemaliger HJ-Führer) gegründet worden und war nur auf den Stuttgarter Raum beschränkt. Schon wenige Tage nachdem Verbot der ANS/NA liefen Verhandlungen an, und bald darauf traten die ANS/NA-Mitglieder in die FAP ein. Als zweites Auffangbecken diente die "Wiking-Jugend", eine neofaschistische Organisation, in die vor allem die jungen ANS/NA-Mitglieder eintraten. Die FAP selbst sieht die "Wiking-Jugend" als Instrument, um "der Jugend ... die bestmögliche Erziehung zuteil werden zu lassen". Eine Verbindung der FAP besteht auch zu den sog. Fanclubs wie der "Borussenfront". Siegfried Borchert (SS-Siggi), 'prominentes' Mitglied der Borussenfront kandidierte im Mai 85 als Spitzenkandidat der FAP in NRW. Aus diesen letzten Punkten kann man schon ablesen, in welcher vielfältiger Weise die neofaschistischen Parteien und Gruppierungen verflochten sind.

Das Programm der FAP ist, wie das fast aller faschistischen Parteien, viel subtiler (spitzfindiger) als ihre tatsächlichen Ziele. Arbeitsdienst wird z.B. als "Abbau der Arbeitslosigkeit durch gesetzliche Sofortmaßnahmen", "Ausländer raus" wird als "Familienzusammenführung in die Heimat" gefordert. In einigen Punkten bezieht die FAP jedoch schon deutliche Stellung. "Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer", oder "Unsere Jugendlichen sollen stolz darauf sein, Deutsche zu sein" sprechen eine eindeutige Sprache. Im Bereich Umweltpolitik und Lebensschutz versucht die FAP mit Forderungen wie "verstärkte Forschung auf dem alternativen Energiesektor", Sympathien aus dem alternativen Spektrum zu wecken. In der Arbeits- und Sozialpolitik stellt die FAP den Arbeitswillen und die Pflichterfüllung des Arbeiters in den Vordergrund. Außerdem soll ein "Arbeits/Sozialdienst" eingerichtet werden, in dem "notorische Arbeitslose" dinstverpflichtet werden sollen. Einen wichtigen Punkt nimmt die Ausländerpolitik im FAP-Programm ein. Mit Prognosen über zukünftige "Rassenkrawalle und Türkeninvasionen" wird gezielt Haß gegen die Ausländer geschürt. Durch die Aussage "6 Millionen Ausländer stehen 2,5 Millionen Arbeitslosen gegenüber", will die FAP suggerieren, daß es ohne Ausländer keine Arbeitslosigkeit gäbe. Die FAP fordert außerdem noch die Ausweisung arbeitsloser und krimineller Ausländer. Zudem soll es ein neutrales "Gesamtdeutschland" geben, von dem aus die FAP die "geschichtliche Aufgabe Deutschlands" übernehmen will, die sie als Mittler zwischen den Blöcken sieht. Die tatsächlichen Aktivitäten gehen noch weit über diese Ziele hinaus.



Die FAP verübte am 24.3.85 einen Brandanschlag auf den von Hausbesetzern besetzten Neumühler Bahnhof in Duisburg, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde.

Am 17.1.86 starteten FAP-Nazis ebenfalls in Duisburg einen Überfall auf Antifaschisten und schossen einen von ihnen mit einer Gaspistole gezielt ins Gesicht. Der Mann mußte schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Der 29-jährige Mehmet K. wurde am 24.7.85 brutal von Nazis erschlagen. Ein weiterer Fall sind die Morddrohungen gegen einen Gelsenkirchener Schulleiter, der sich um die Eingliederung türkischer Jugendlicher bemüht hatte. 2 FAP-Aktivistinnen wurden bald darauf festgenommen und trotz erdrückender Beweislast von der Staatsanwaltschaft freigelassen. Die FAP gilt

als die militanteste unter den neofaschistischen Organisationen. Bisher ist sie hauptsächlich durch Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Mitbürgern und Antifaschisten aufgefallen.

+++ Leserbrief +++

Schlappe für Kohl - Aus für Rau

Herbe Verluste für die CDU/CSU, die durch FDP-Gewinne nicht einmal zur Hälfte wettgemacht werden, fast 60-prozentiger Stimmenzuwachs für die Grünen, Rückwanderung von Arbeiterwählern von der Union zur SPD - aber trotzdem bleibt die "Wende-Regierung" dran und kann ihren Marsch in die hochgerüstete Zwei-Drittel-Gesellschaft fortsetzen.

Das Wahlergebnis vom 25. Januar deutet an, was vielleicht möglich gewesen wäre, wenn ein entschlossener Kurs der Oppositionsparteien für eine Mehrheit SPD/Grüne, eine breite Mobilisierung für ein Ende der Wende versucht worden wäre. Stattdessen wurden die Weichen schon im Vorfeld der Wahl auf Niederlage gestellt - in erster Linie durch Raus Absage an jede Zusammenarbeit mit den Grünen und sein total unglaubwürdiges Gerede von einer "eigenen Mehrheit". Dadurch schien jede realistische Perspektive für eine Ablösung der Kohl-Regierung zu fehlen. Die Folge: Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Grüne und die "regierungskritischen" Medien gaben die Wahl schon im Voraus verloren, erklärten sie seit Monaten als "gelaufen" - zugunsten der Wende-Regierung. Spekuliert wurde allenfalls noch über die Höhe des



Denkmal

Sieges und das Ausmaß des Debakels für die SPD. So konnte (und sollte!) Kohl natürlich nicht geschlagen werden.

Auf der anderen Seite sind die herben Stimmenverluste der CDU/CSU auch ein Denkzettel an die Linke, die allzu selbstgefällig und überheblich die "Wähler" unterschätzten. Ist denn nach allem, was die Kohl-Regierung angerichtet hat - an Massenarmut, Friedensgefährdung und Umweltzerstörung - so schwer zu verstehen, warum die Union zwei Millionen Stimmen verloren hat?

Im Grunde wollten große Teile der Polit-Funktionäre von SPD und Grüne gar keine Mehrheit für die Oppositionsparteien - aus Furcht vor der inneren Zerreißprobe durch ein "rot-grünes" Bündnis oder - als Alternative - durch eine große Koalition der CDU/CSU mit der SPD, - aus Furcht vor der drohenden Wirtschaftsrezession,

- aus Furcht vor dem eigenen Mangel an tragfähigen Zukunftskonzepten. Es waren also nicht die Oppositionsparteien, die einen Wechsel wirklich gewollt hätten - die Wähler haben diesen Willen zumindest ansatzweise dokumentiert.

Die Fortsetzung der Wende-Politik und ihre Verschärfung in den kommenden vier Jahren ist ein ziemlich hoher Preis dafür, dem Johannes Rau seinen privaten Berufswunsch zu erfüllen - Ministerpräsident in Düsseldorf bleiben zu dürfen. Kaum waren die Stimmen ausgezählt, räumte die SPD auch schon ihre Bauernfängerphrase von der "eigenen Mehrheit" wieder hinter die Kulissen. "Besser als zuletzt befürchtet", kommentierte SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz das Abschneiden seiner Partei, das immerhin schlappe 15 Prozent unterhalb der angepeilten Mehrheit blieb. Johannes gab zusammen mit der Kanzlerkandidatur auch gleich seinen Anspruch auf, 1988 als Brandts Nachfolger SPD-Vorsitzender zu werden, und alle "Enkel", die sich jetzt Chancen ausrechnen, von Lafontaine über Hauff und Schröder, die sich alle, alle mit markigen Worten hinter Raus Katastrophenkurs gestellt hatten, eröffnen jetzt das interne Gerangel mit dem "Bekanntnis", die Absage an die Grünen sei falsch gewesen und dürfe sich "so" nicht wiederholen.

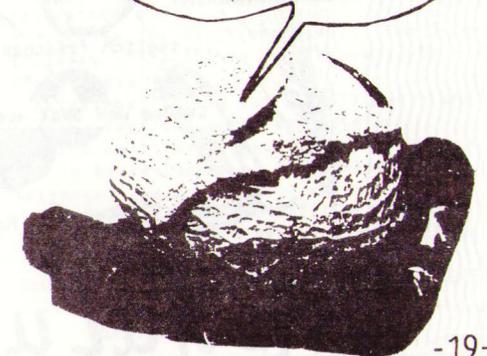
Wenn denn die Wahlen aus antifaschistischer Sicht überhaupt interessant gewesen sind, so schwankt die Erkenntnis zwischen Freude über die Kohl-Schlappe und Mut über die Radikalen-Gewinne. Dennoch: der "Zeitgeist" trägt keinen Stahlhelm, die fast eine Million Stimmengewinne der FDP von der CDU/CSU sind Kritik im bürgerlichen Lager an den "allzu reaktionären" Parolen der Union. "Das Ergebnis", analysierte FDP-Vorständlerin Ingrid Adam-Schwätzer, "reflektiert eine Stimmung, die sich gegen den Trend zum Nationalistischen und all zu Konservativen in der Union richtet." Eine Einschätzung, der - außer Strauß - niemand widersprechen möchte. Dabei sind Kohls Schuldzuweisungen an Strauß völlig unangebracht: er selbst hat von Bitburg bis zu seinen unsäglichen Vergleichen Gorbatschow/Goebbels und DDR/KZs ja maßgeblich daran mitgestrickt. Erreicht hat die Union damit nichts als daß trotz aller Anbiederungen an die Rechtsradikalen genau diese bestärkt wurden. Die NPD sieht sich im Aufschwung nicht trotz, sondern weil Kohl & Co ihren Revisionismus und ihre Hetze z.B. gegen Asylbewerber versucht haben salonfähig zu machen.

Provokativ setzte Genscher dem die Forderung nach einer "zweiten Phase der Entspannungspolitik" entgegen - und gewann. So zeigt das Wahlergebnis nebenbei, daß die in der Linken stark vertretene Position von einer "konservativen Hegemonie in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit" so nicht stimmt. Es ist Kohl und der Union - im Gegensatz zu Reagan und Thatcher - eben nicht gelungen, diese politische Hegemonie zu erringen, "Historikerdebatte", "Geschichtsrevisionismus" und "Deutschlandlied" hin oder her.



Das hervorragende Abschneiden der Grünen ist vom sozialistischen Standpunkt aus das positivste Ergebnis dieser Wahl. Dieser Erfolg könnte auch dazu beitragen, bei den Grünen die falsche und schädliche Frontstellung zwischen "Realpolitikern" und "Fundamentalisten" aufzuweichen. Als dürfte es für Linke ein Gegensatz sein,

"Das Volk ist dumm - das macht der Kohl. Er bläht nur unterm Schurze. Den Kopf im Reich. So herrscht im Reich - ich sag zum Wohl politisches Gefurze." (Waltier von der Vogelweide, 1225)



eine konkrete Utopie von einer künftigen, besseren und gerechteren Gesellschaft zu entwickeln und offensiv zu propagieren, und sich gleichzeitig kräftig in die Politik einzumischen, die uns hier und heute zu schaffen macht.

Daß Kohl und die Union entsetzt sind über ihr schwaches Abschneiden, wo doch die wirtschaftlichen Probleme noch gar nicht begonnen haben, sondern sich erst am Horizont abzeichnen, und ihre ökonomische Bilanz der letzten vier Jahre für kapitalistische Verhältnisse gar nicht einmal schlecht war, ist nur zu gut verständlich.

Es läßt hoffen, daß Brandt recht haben könnte, daß die Kohl-Regierung und die Union mit dieser Wahl ihren Zenit überschritten hat. Aber deswegen bitte keine Illusionen über die vor uns liegenden vier Jahre. "Wir haben den Wählerauftrag, unsere erfolgreiche Politik unbeirrt fortzusetzen". so Originalton Kohl nach der Wahl. Es wäre ein Irrtum zu meinen, während dieser Periode über den Parteien der Wende-Regierung wird bald wieder Schulterschluß angesagt sein.

Aus der Vergangenheit, z.B. aus der Zeit der "Großen Koalition" von 1966-1969 wissen wir, je weniger parlamentarisch, also über den Bundestag, erreicht werden kann, umso größer die Chancen für ein Wachsen der außerparlamentarischen Opposition, um so größer der Druck auf die von reaktionärer Politik Betroffenen, sich selbst zu wehren. Die Antwort auf die

Fortsetzung der K...-Politik kann nur eine außerparlamentarische Offensive der sozialen und politischen Bewegungen sein - von Wackersdorf über Mutlangen, die Volkszählung und den Paragraphen 218, die neuen "Anti-Terror"-Gesetze bis zu den Werft- und Stahl-Standorten.

Das erfordert unter anderem, daß die gestärkte Fraktion der Grünen im Bundestag ihre Rolle neu definiert - nicht die effektive Mitarbeit in der Parlamentsroutine ist das Wesentliche, sondern eine öffentliche Lautsprecher- und Verstärkerfunktion für die Bewegung und den außerparlamentarischen Kampf. Das erfordert eine übergreifende und nicht-parteiegoistische Bündnispolitik der Grünen über die Wahlschiene hinaus - mit kämpferischen Gewerkschaftern, Belegschaften bedrohter Betriebe, den Aktivisten der autonomen Bewegungen und den linken Organisationen, die in diesen Bereichen eine fortschrittliche Politik zu entwickeln versuchen. Das erfordert auch eine neue, organisationsübergreifende Strategiediskussion der Linken unter Einschluß der Grünen, wie linke Politik unter den Bedingungen von Wende und Krise wieder außerparlamentarisch wirksam werden kann, zum Beispiel bei den bevorstehenden Kämpfen um die 35-Stunden-Woche.

Martin Uphoff

Flüchtlingsrat NRW gegründet

Unter dem Thema "Initiativen zur Verteidigung des Asylrechtes" trafen sich vom 12.-14. Dezember 1986 Vertreter/innen von Initiativgruppen, Kirchengemeinden, Menschenrechtsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden zu einer Tagung in der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr. Das Plenum gründete einen "Flüchtlingsrat NRW", um eine landesweite Zusammenarbeit zur aktiveren Verteidigung des Asylrechtes zu erreichen. Der Flüchtlingsrat NRW verfaßte folgende Schlußerklärung:

"In einer Zeit, in der das Grundrecht auf Asyl durch vielfältige gesetzliche und juristische Restriktionen zur Makulatur gemacht wird, in der Medien und Politiker verantwortlich dafür sind, daß die Ausgrenzung der Fremden wieder salonfähig wurde und in der Menschen aus fremden Ländern zur Ablenkung von massiven sozialen und ökonomischen Problemen unserer Gesellschaft benutzt werden,

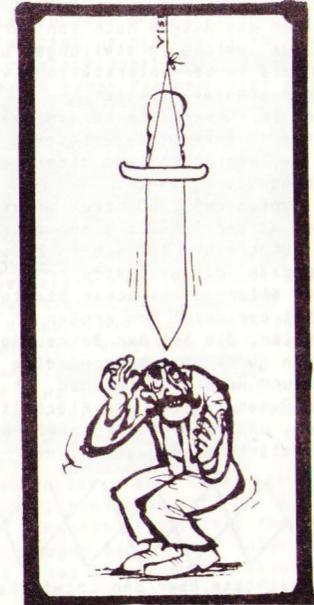
erklärt der Flüchtlingsrat NRW: Das Grundrecht auf Asyl ist unser aller Menschenrecht. Seine Einschränkung bedroht nicht nur die Flüchtlinge, sondern stellt eine Vorstufe der Einschränkung unserer bürgerlichen Freiheiten dar. Der Umgang mit Flüchtlingen ist einer der Prüfsteine für das Funktionieren unserer Demokratie. Wir fordern deshalb:

1. Art. 16 GG darf nicht angetastet werden.
2. Keine Unterzeichnung der Novellierung des Asylverfahrensgesetzes.
3. Kein Unterlaufen des Asylrechtes durch Verwaltungshandeln.

Im einzelnen bedeutet dies:

- Abschaffung der Visumpflicht
- Keine Sonderkriminalisierung der Flüchtlinge durch Visa-, Paß- oder ausländerrechtliche Bestimmungen
- Rücknahme der Regelung, daß bei einem dreimonatigem Aufenthalt eines Flüchtlings in einem anderen Land von der Annahme ausgegangen werden darf, daß er dort Schutz gefunden hat
- Anerkennung von Nachfluchtgründen, d.h. Recht auf politische Selbstbestimmung auch für Flüchtlinge
- Keine Einschüchterung von Flüchtlingen durch Großrazzien
- Rücknahme der Vereinbarung mit der DDR zur Schließung der Grenze in Berlin für Flüchtlinge

- Sicherer Status für De-facto-Flüchtlinge
 - Aufhebung der Sammelunterkünfte
 - Abschaffung des Arbeitsverbots und der Residenzpflicht
 - Umsetzung des Rechts auf Bildung auch für Flüchtlinge
- Besonders wichtig ist uns:
- KEINE ABSCHIEBUNG IN KRISENGEBIETE,



- insbesondere
- Rücknahme der Abschieberegulierung des Iran-Erlasses (Paragraph 5 des Erlasses vom 05.03.1986)
 - Keine Abschiebung von Straffälligen und Kriminalisierten in Krisengebiete
 - keine Umverteilung von Flüchtlingen aus NRW in Bundesländer wo Abschiebungen in Krisengebiete vorgenommen werden
 - GLEICHBERECHTIGTES EINBEZIEHEN DER GUTACHTEN VON MENSCHENRECHTORGANISATIONEN (NEBEN DENEN DES AUSWÄRTIGEN AMTES) AUF ALLEN BEHÖRDLICHEN UND JURISTISCHEN EBENEN (.....)

HANDE WEG VOM ASYLRECHT !

+++ Anzeige +++

Sonnenblume

Springstr. 2
am Hauptbahnhof

...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...

Montag bis Freitags: 9-18 und
Samstag: 9-13 Uhr

Naturkost

Vertreibung und Hetze gegen Asylbewerber Weiter so, Deutschland?

Dies war das Motto einer Veranstaltung der "Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit", die am 13. Januar in der 'Altstadtschmiede' stattfand.

Es hatten sich etwa 40 Besucher versammelt. Zu Beginn führten in einer Gesprächsrunde Hartmut Preuschkat von Arbeitskreis Asylbewerber der Bastkirche, Georg Wegner von der GAL Castrop, ein irakischer Asylbewerber, Anita Woschendorf von den Grünen und Astrid Roth von der Initiative aus, welche Vorstellungen und Erfahrungen sie in der Unterstützung von Asylbewerbern gesammelt hatten.

A. Roth trat in ihrem einleitenden Referat der verbreiteten Behauptung entgegen, es gebe eine "Asylschwemme", und widerlegte sie durch konkrete Zahlen:

In der BRD kommen auf 1000 nicht einmal 2 Flüchtlinge, in der Schweiz sind es knapp 5 pro 1000 Bürger. Die BRD hat in Relation zur Einwohnerzahl die wenigsten Asylbewerber aller europäischen Staaten.

H. Preuschkat berichtet von großen Schwierigkeiten, die bei der Betreuung von Asylbewerbern durch menschenunwürdige Verfügungen und Besetze entstehen. Er schlug vor, Patenschaften für Flüchtlinge einzurichten, und erhofft sich für die Zukunft ein stärkeres Engagement der Kirchen.

B. Wegner berichtete über den inzwischen über Castrop hinaus bekanntgewordenen Überfall auf ein Asylantenwohnheim im Stadtteil Becklea. Er zählte eine Reihe von Gewalttaten gegen Asylbewerber auf, die in den letzten Monaten begangen wurden. Besonders wies er auf den Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und zunehmender Tätigkeit neofaschistischer Organisationen wie FAP u.a. hin.

A. Woschendorf kündigte an, daß sich die Grünen in Recklinghausen für die Einrichtung eines Flüchtlingsrates stark machen wollen. Der als Kurde in Irak politisch verfolgte Asylbewerber kritisierte vor allem die Einschränkung der Freizügigkeit für Asylbewerber: "Ich fühle mich wie in einem Käfig. Nicht mal nach Herten darf ich fahren."

In der anschließenden Diskussion, die von Michael Bodin von der Ini souverän moderiert wurde, waren sich alle einig, daß in der Bevölkerung ein geschärftes Bewußtsein für die Probleme der Ausländer und Asylbewerber geweckt werden müsse. Am schärfsten kritisiert wurde die in Recklinghausen nach wie vor praktizierte (jedoch gesetzlich nicht verbindlich vorgeschriebene) "Zwangsarbeit", zu der Asylbewerber verpflichtet werden. Dabei muß für 1,50 DM/h harte Arbeit mit Hacke und Schippe geleistet werden.

Neben diesen 'kommunalen' Aspekten wurde darauf verwiesen, daß insbesondere die Politik der "Wenderegierung" nachhaltig für gesteigerte Ausländerfeindlichkeit und neuen Nationalismus Sorge. Die bevorstehenden Massenentlassungen in der Kohle- und Stahlindustrie würde die soziale Verelendung weiter vorantreiben, gleichzeitig propagieren die "Weiter so, Deutschland"-Politiker eine neue Art der Volksgemeinschaft, in der Ausländer, Arbeitslose und schlechter Verdienende einfach nicht mehr dazugehören sollen. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch Liedervorträge von Eckhardt Dieckerhoff von der Castroper Songgruppe "Unerhört" sowie einen Sketch zum Thema "Ausländer raus", den Eva Prausner und Marita Heßler vorführten.



+ Leserbrief + + +

Die Gewaltfrage

Schon oft wurde unter den demokratischen und sozialistischen Kräften über die sogenannte Gewaltfrage diskutiert - in den vergangenen Wochen wieder stärker als

vorher, wobei ein Hauptauslöser die Erschießung des Herrn von Braunmühl durch die sogenannte RAF war (Ich komme später darauf zu sprechen, weshalb schon im ersten

Satz zweimal ein 'sogenannt' vorkommt). Bevor ich auf das politische Problem eingehe, über das gestritten wird, formuliere ich einige Gedanken zu dem Begriff "Gewalt".

In 'Wahrigs Deutsches Wörterbuch' steht unter dem Stichwort 'Gewalt': "Zwang, (rohe) Kraft, unrechtmäßiges Vorgehen, Macht, Befugnis zu herrschen, Obrigkeit, Machtbereich, Gewahrsam, Heftigkeit, Wucht, Ungestüm, Anwendung großer Kraft". Schon in dieser kurzen Aufzählung fällt ein interessanter Widerspruch auf: Gewalt wird einmal als "unrechtmäßiges Vorgehen", ein andermal als "Befugnis zu herrschen" bezeichnet. Doch dazu später.

Hier soll nur festgestellt werden, daß mit dem Begriff "Gewalt" sehr unterschiedliche Begriffsinhalte ausgedrückt werden und nicht ein einzelner. Also, nach den Erklärungen des Wörterbuchs ist jeder Zwang Gewalt, also zum Beispiel auch der Zwang, die Schule zu besuchen, der Zwang, Steuern zu zahlen, der Zwang, die Gesetze zu beachten und vieles mehr. Gewalt ist selbstverständlich, ein Kind im Zimmer einzusperrn, einen Mitschüler zu verprügeln, einen ausländischen Mitbürger totzuschlagen, einen Arbeiter zu entlassen, einen Friedensdemonstranten mit

Polizeiknuppeln zu verprügeln, den Staatsbediensteten von Braunmühl zu erschießen, eine Bankangestellte als Geisel zu nehmen, einen Polizisten mit einer

Stahlkugelschleuder zu beschleudern, und so weiter. Die Kette von Beispielen soll nur signalisieren: Unser Alltag ist voll von Gewalt, sie ist allgegenwärtig und in unterschiedlichsten Formen wirksam. Können

wir nun zu zwei Unterscheidungen, die in den Debatten um die Gewalt vorkommen: Es wird unterschieden:

1. Gewalt gegen Personen (ich ergänze: und

gegen alles sonstige Leben) und Gewalt gegen Sachen.

2. Körperliche und nichtkörperliche (geistige, seelische, gefühlsmäßige) Gewalt.

Auf eine dritte und vermutlich wichtigere Unterscheidung komme ich später zu

sprechen. Zu den beiden ersten Unterscheidungen: In den Diskussionen wird oft die Gewalt gegen Personen prinzipiell abgelehnt, die Gewalt gegen Sachen aber toleriert. Ich halte diese Bewertung für blanken Unsinn. Zwei Beispiele: a) Niemand wird sich dagegen aussprechen, daß faschistischen Massenmördern Gewalt angetan wird, indem sie ins Gefängnis kommen (Gewalt gegen Personen), b) Jeder wird laut protestieren, wenn ein besonders schönes, altes, malerisches Fachwerkhaus abgerissen wird, um einer Tiefgarage Platz zu machen (Gewalt gegen Sachen).

Eins wird hier schon klar: Es kommt darauf an, wer gegen wen und wer gegen welche Sachen Gewalt anwendet. Schon schwieriger liegen die Dinge bei körperlicher und nichtkörperlicher Gewalt. Es muß festgestellt werden, daß allgemein eine viel breitere Debatte um die körperliche Gewalt geführt wird und kaum über nichtkörperliche Gewalt gesprochen wird.

Beide Bereiche enthalten eine sehr breite Skala von als sehr gering bis zu als sehr stark empfundenem Ausmaß der Gewalt. Es gibt hierbei kein objektives Kriterium, wer welches Ausmaß für wie stark oder schwach hält.

Auffallend ist, daß gerade die Frage der körperlichen Gewalt besonders stark geprägt ist von der Frage: Wer übt gegen wen Gewalt aus?

Um dies nur anzudeuten: Es ist offensichtlich, daß die Erschießung von Braunnühls u.ä. eine sehr viel breitere Debatte ausgelöst hat als beispielsweise die Erschießung eines Jugendlichen, der ein Auto stehlen wollte, durch einen Münchener Oberstudienrat. Losgelöst von den sonstigen Umständen handelt es sich in beiden Fällen um das Erschießen eines Menschen durch einen Menschen. Da die Reaktionen völlig unterschiedlich waren, muß angenommen werden, daß nicht die Tat an sich zur breiteren oder weniger breiten Diskussion führte, sondern andere Aspekte, die mit der Tat in Verbindung stehen. Solche möglichen Aspekte können sein: - wer hat wen erschossen? - aus welchen Motiven heraus wurde geschossen? - mit welcher Absicht wurde geschossen?

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht nach wie vor um die Beschreibung von Phänomenen, nicht um deren Bewertung - noch nicht.

Kommen wir erst einmal zu der dritten und wohl wichtigsten Unterscheidung: Wir unterscheiden die Gewalt, die vom Staat einer Gesellschaft ausgeübt wird von jeder Form sonstiger Gewalt einzelner Bürger, wobei die letztere wieder unterteilt wird in Gewalt von Bürgern untereinander und Gewalt von Bürgern gegen die Staatsgewalt. Dieser Bereich ist der unstrittenste.

Beschränken wir uns auf den Aspekt "Gewalt des Staates" und "Gewalt gegen den Staat". Hier ist zuallererst festzuhalten, daß der bei uns herrschende Staat ein "Gewaltmonopol" für sich beansprucht, die ihm immanente Gewalt als "rechtmäßig" definiert und von daher jede gegen ihn gerichtete als "unrechtmäßig".



Dies legitimiert er die Behauptung, er sie Ausdruck des "Gesamtwillen" des Volkes, welches wiederum als Ganzes bezeichnet wird, von dem "alle Gewalt ausgeht". Hier soll gar nicht auf die historische Kritik dieser Position eingegangen werden. Ich denke, die aktuelle Entwicklung, der breite Volkswiderstand gegen die Atomkraftwerke und gegen die Militärpolitik dieses Staates haben zur Genüge deutlich gemacht, daß dieser Staat nicht automatisch für sich in Anspruch nehmen kann, den Willen des Volkes zu repräsentieren. Ganz im Gegenteil, vielen ist in den vergangenen Jahren klar geworden: In Wirklichkeit schützt dieser Staat einzig die Interessen einer Minderheit, nämlich die der Großkonzerne und all derer, die gemeinsam mit ihnen "Gewinn" machen wollen. Das sind nicht gerade wenige, dennoch: der Mehrheit des Volkes dürfte klar sein, daß sie nicht zu den "Gewinnern" in dieser Gesellschaft zählen.



"Neofaschismus in der Bundeswehr"? Quatsch!
Der kriegt 3 Tage Köchenendienst wegen schlamperiger Form und verarsktem Landeanflug.

Sei es wie es sei, die Tatsache ist nicht zu leugnen, daß es keinen gemeinsamen Volkswillen gibt, sondern unterschiedliche Interessen von Menschengruppen.

Nennen wir solche Gruppen mal etwas antiquiert "Klassen" (nur zur Erleichterung des Sprachgebrauchs). Und diese Klassen vertreten mehr oder weniger konsequent ihre Interessen. Ich stelle die These auf, daß die Maßnahmen des Staates den Interessen der Herrschenden dienen und nicht denen der Gesamtbevölkerung, wie es staatlicherseits behauptet wird. Daraus ergibt sich als Schlußfolgerung: Die Staatsgewalt ist nicht automatisch

"gerechte Gewalt", Widerstand gegen die Staatsgewalt ist nicht automatisch "ungerecht" (er ist aber auch nicht automatisch "gerecht", wie das Gruppen wie 'RAF' und andere behaupten). Wie kann Widerstand gegen die Staatsgewalt gerechtfertigt werden?



Allein dadurch, daß die Ziele, zu deren Durchsetzung er ausgeübt wird, als Ziele, die allen oder der überwiegenden Mehrheit nutzen, vertretbar sind. Der äußeren Form nach unterscheidet sich die Rechtfertigung der Widerstandsgewalt nicht allzu sehr von der Rechtfertigung der herrschenden Gewalt: In beiden Rechtfertigungen wird das "Wohl des Ganzen" als höchster Rechtfertigungsgrund genannt. Daß ein solcher allgemeiner Rechtfertigungsgrund vorhanden sein muß, wird zum Beispiel deutlich in dem verbreiteten Satz "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht". Ganz deutlich ist hier das Bestreben zu erkennen, dem Widerstand die Grundlage eines allgemein empfundenen Gefühls zu

geben, "im Recht zu sein". Den Herrschenden wird bestritten, noch "im Recht" zu sein. Nun, in der Frage der Atomkraftwerke und Atomraketen stehen die Fronten von Recht und Unrecht relativ klar, wodurch hier der Widerstand (bis hin zu seinen gewaltsamen Formen wie Strommasten anzusägen) eine reale Legitimationsbasis in der Bevölkerung besitzt.

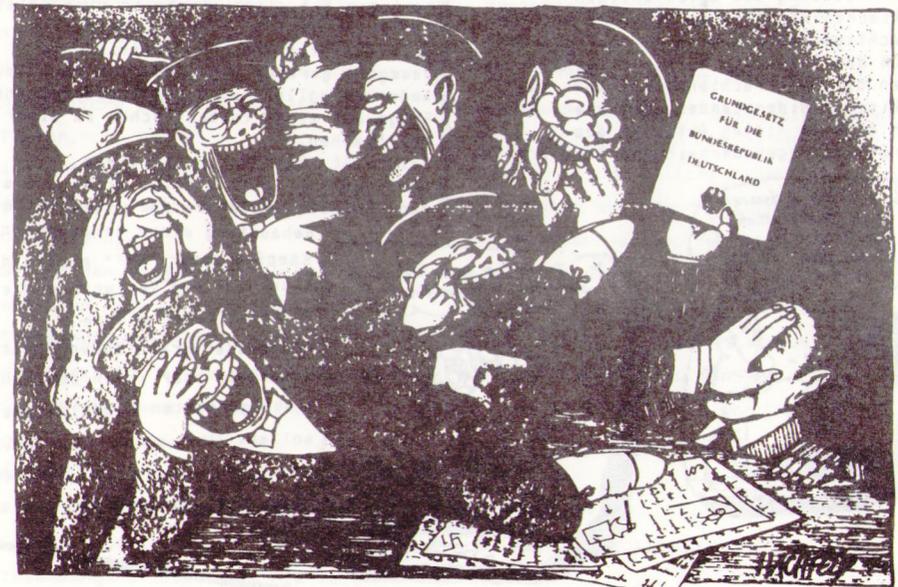
Und dennoch, die Probleme des 'gerechten' Widerstandes sind damit lange nicht geklärt.

Wir sägen zwar einen Strommast an, aber wir werden nie Gewalt gegen Menschen anwenden, sagen einige.

Andere wiederum: Wir werden auch Gewalt gegen Menschen anwenden, aber nur gegen die Repräsentanten des Systems, gegen die Gewaltträger des Staates wie Polizei, Bundesgrenzschutz, Armee, etc..

Und einige sogar: Wir liquidieren die "wichtigsten" Köpfe des herrschenden Systems und schwächen es dadurch.

All diese Überlegungen gehen m.E. in die Irre, weil sie die Gewaltfrage als eine Frage "an sich" betrachten - sie müssen zwangsläufig in Widersprüche geraten wie Ditfurth in der Wahldiskussion mit Kohl, Strauß und Bangemann: Sie konnte auf die Frage, ob sie Sabotage an Strommasten befürworte, nicht konkret antworten, stattdessen stellte sie in allgemeinen Phrasen dar, daß die Grünen das Prinzip der völligen "Gewaltfreiheit" praktizierten. Nun, das bedeutet in der Konsequenz eben den Verzicht auf jeglichen Widerstand. Die



allgemeine Antwort auf die Gewaltfrage kann also nur lauten: Gerechte Gewalt des Volkes in der Durchsetzung seiner legitimen Ziele ist nicht nur zu unterstützen, sondern findet auch unabhängig von unserem Willen alltäglich statt.

Jedoch, und das ist nun meines Erachtens schon von besonderer Wichtigkeit, keineswegs rechtfertigt das gerechte Ziel jegliches Mittel. Vielmehr muß zwischen den propagierten Zielen und den Formen ihrer Durchsetzung ein vermittelbarer Zusammenhang bestehen: Zur Verdeutlichung: Ich kann nicht für eine gewaltfreie Zukunft kämpfen, in der die Ursachen der Gewalt tatsächlich beseitigt sind, und gleichzeitig in die Formen meines Widerstands die Ermordung einzelner Menschen, egal ob einzelne Unschuldige oder Repräsentanten des Systems, also "Schuldige", einbeziehen.

Auch die Form des Widerstands definiert sich nicht nur durch die Tatsache, daß die Herrschenden nicht aus freiwilliger Einsicht aufhören, ihre Interessen gewaltsam durchzusetzen.

Eine zweite und wichtigere Beziehung besteht zu den angestrebten Zielen: Eine Zukunft, in der zunehmend weniger Gewalt vorhanden ist, muß schon heute, in der Gegenwart, Eingang finden in die politischen Formen unseres Kampfes: Es muß das Bestreben sein, in umfassender Weise demokratische Strukturen zu entwickeln.

Es muß das Bestreben sein, in allen Fragen die Entwicklung des selbständigen politischen Handelns der bislang noch Ohnmächtigen voranzubringen.

Es muß das Bestreben sein, tatsächlich die Massen der Beherrschten als Träger des politischen Widerstandes anzusehen. Noch immer sind in vielen Aktionen des Widerstands Abgehobenheit und Sektierertum

vorherrschend, oft verbunden mit einer Verachtung für die "dummen unpolitischen Massen". Je stärker die politische Kraft des massenhaften Widerstands sich entwickelt, desto klarer wird auch unter größeren Teilen der Bevölkerung die Unvermeidbarkeit der Gewalt - nicht nur gegenüber Sachen, sondern und sogar in erster Linie gegenüber Personen: die Geschichte hat in blutiger Klarheit bewiesen: noch nie haben die Herrschenden freiwillig oder gewaltlos auf ihre Herrschaft verzichtet - aus dieser Erfahrung können wir nur lernen, daß der Widerstand sich auf notwendige Formen gewaltsamen Kampfes einstellen muß. Wenn aber das übergeordnete Ziel einer gewaltfreien Zukunft nicht aus dem Auge verloren werden soll, muß es auf Seiten des Widerstandes die Maxime geben: So wenig Gewalt wie eben möglich zu verwenden! Die hauptsächlichste Form der Auseinandersetzung mit den Herrschenden muß die Form der politischen und moralischen Offensive sein. Die Anwendung von Gewalt gegenüber Repräsentanten des herrschenden Systems muß auch die Tatsache berücksichtigen, daß der zahlenmäßig größte Teil der "Gegner" unsere zukünftigen Verbündeten sein können, daß sie die Verlogenheit der herrschenden "Gerechtigkeit" erkennen und sich auf die andere Seite stellen.

Und ein letztes: All diese Überlegungen über gewaltsamen Kampf gegen die Herrschenden, der Formen des Bürgerkrieges annimmt, sind aus der Beurteilung der heutigen Situation Blicke in eine relativ ferne Zukunft! Erst wenn tatsächlich Millionen von Menschen politisch in Bewegung geraten sind und eine grundlegende Änderung wollen, wird die angesprochene Frage aus einer theoretischen zu einer praktischen.

Das heißt aber nicht, daß diese Überlegungen heute sinnlos sind. Und sei es nur, um klar zu legen, daß jegliche heutige Behauptung eines bewaffneten

Kampfes einer "RAF" einzig die subjektiven Verzweiflungstaten einer kleinen Gruppe von massenverachtenden Menschen bemänteln oder ihnen den Schein eines gerechten Handelns geben sollen. Jede gewaltsame Aktion, die nicht in die politischen Bewegungen eingebunden und mit



ihnen vermittelt stellt objektiv eine schädliche und ungerechte Handlung dar. Sie kann ohne Probleme von den Herrschenden zur Rechtfertigung der Verschärfung ihrer eigenen Gewalt gegen das Volk verwendet werden. Daß dies genauso praktiziert wird, zeigen die herrschenden Rechtfertigungen für die gerade erlassenen Antiterrorgesetze in aller Deutlichkeit.

Hier wird aber auch die Perfidität der Herrschenden besonders deutlich: Während sie dem politischen Widerstand ständig mehr die staatliche Gewalt entgegensetzen, wird zunehmend stärker jede Form von Widerstand zur "terroristischen" Gewalt erklärt. Doch dazu mehr an späterer Stelle - ich will in der Fortsetzung zu den Fragen der Sicherheitsgesetze, der Volkszählung und der Antiterrorgeste Stellung nehmen.

Stefan W. Born



Erfolgreiche Aktion gegen „Deutschen Freundeskreis“

staltung zu verhindern. Das gelang auch weitgehend; fast zwei Stunden wurde der Eingang blockiert, erst nachdem die Polizei

Am 8. März, dem "Internationalen Frauentag", wollten die Nazis des in Recklinghausen seit Jahren bekannten "Deutschen Freundeskreis" um Bruno Schemit (Herausgeber der 'Unabhängigen Nachrichten') im Recklinghäuser 'Nobel' Hotel Barbarossa mal wieder eine nicht öffentliche Veranstaltung durchführen. Als Referent geladen (wie jedes Jahr) der Nazihistoriker Udo Walendy.

Wie in den vergangenen Jahren stellten sich auch am Sonntag Recklinghäuser Antifaschisten den Nazis in den Weg: Ca. 50- 60 Menschen aus verschiedenen Organisationen (SOAJ, Antifaschistischer Bund, Jusos, Grüne, MKP, Holzworm, Autonome, Frauen- Notruf) hatten sich zusammengeschlossen, um die Veran-

mit etwa 40 Beamte anrückte und dreimal androhte, den Eingang mit Gewalt freizumachen, zogen sich die Antifaschisten geordnet zurück. Keinesfalls wurde eine 'Schlecht' gesucht, wie die tendenziöse Berichterstattung des WAZ- Reporters dies darstellte. Beide Recklinghäuser Zeitungen erweckten das falsche Bild, als hätten die Antifaschisten die 3. Auf-forderung der Polizei mißachtet und wären erst durch Polizeigewalt vertrieben worden. Man wird den Eindruck nicht los: So hätten sie es gerne gehabt, um noch mehr gegen die Antifaschisten zu polemisieren zu können. So fällt die Polemik von Ch. Meinerz in der WAZ auch reichlich bemüht aus: Er mokiert sich darüber, daß aus den Reihen der Antifaschisten

"schallendes Gelächter " ertönte
(wenn er die diversen Kommentare der Nazis mit eigenen Ohren gehört hätte, hätte er sich wohl eher gewundert, daß die Aktion nicht ständig von Lachen begleitet war!) er kritisierte, das " mit Schäferhunden aufmarschiert worden sei.

(Dazu kann ich nur sagen: Schäferhund ist nicht gleich Schäferhund: der anwesende "Tim" hätte mit Sicherheit bei der geringsten Unruhe vor Angst den Schwanz eingeknipfen), er behauptet frech (und maßlos übertrieben), jeder einzelne Nazi sei " mit mehr als 10 Kameras mehr als 10 mal fotografiert worden (na ja, wir sind Fotoamateure, es klappt halt nicht so professionell wie beim Kollegen Pöiking, der

GEGEN RECHTS

in einer Minute seine zwei Standardfotos im Kasten hat, aber nicht mehr gesehen wird, wenn das eigentliche Geschehen stattfindet).

Immerhin muß auch Ch. Meinerz zugeben, daß die Provokation der Nazis mit sanfter Souveränität abgewehrt wurde, der gewünschte Eindruck " Rechts = Links " war noch nicht ganz herstellbar, die Richtung stimmt aber schon.

Seis drum, es war eine erfreuliche Aktion, und vor allem die Tatsache, daß in der kurzen Zeit (erst Samstag war die Naziaktion bekannt geworden) ziemlich viele Leute zusammenkamen, läßt für die Zukunft hoffen.

Weiter so - Antifaschisten.

Nie wieder Faschismus!



OSTERMARSCH RUHR '87

vom 18. - 20. April

Atomteststopp sofort - Keine Weltraumwaffen! Wir brauchen Frieden und Arbeitsplätze durch Abrüstung!

Wir wollen eine Welt, in der die Menschen in Frieden, sozialer Gerechtigkeit und einer menschenwürdigen Umwelt leben und arbeiten, eine Welt, in der kein Platz ist für Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus. Notwendig ist deshalb eine Politik der Abrüstung, Verständigung und solidarischen Zusammenarbeit.

Die bisherige Politik der Konfrontation, des Strebens nach einseitigen Vorteilen und militärischer Überlegenheit bedroht uns mit der atomaren Katastrophe. Sie blockiert zudem die immer dringlicher werdende Lösung der Probleme von Hunger und Armut in der „Dritten Welt“, von Umwelt- und Energiesicherung, von Arbeitslosigkeit und neuer Armut. Wir brauchen ein neues Denken und Handeln. Dabei ist Abrüstung mehr denn je ein Gebot der Stunde, besonders auch für unser Land.

Wir fordern daher von der Bundesregierung:

- für die sofortige Einstellung aller Atomwaffenversuche einzutreten.

Damit wird weiteren Aufrüstungsprogrammen ein entscheidendes Hindernis in den Weg gelegt. Denn ohne weitere Atomwaffenstopp ist ein Weltraumwaffenprogramm nicht zu verwirklichen. Ein Atomteststopp ist jederzeit kontrollierbar und erhöht die Chance zur Reduzierung der Rüstung.

- die „SDI“-Verhandlungen mit den USA zu kündigen und sich gegen jegliche Aufrüstung des Weltraums, auch gegen eine europäische Variante z.B. durch Aufstellung neuer Antiraketensysteme zu wenden.

Das Festhalten der USA an ihrem Programm zur Bewaffnung des Weltraums verhindert, dies hat Reykjavik gezeigt, konkrete Schritte zur Abrüstung. Nur ein Abgehen von SDI kann aber eine Ausdehnung des Weltraumstrens in neue Dimensionen verhindern. Die immensen Forschungskosten sollen dann für gesellschaftlich sinnvolle Zwecke verwendet werden, z.B. für eine weltweite Entwicklung gefahrloser Energiequellen und für die Umstellung der Rüstungsproduktion auf Zivilgüter.

- die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zu stoppen und die bereits aufgestellten Systeme abzubauen. Die im Gegenzug aufgestellten Waffen im Osten sind abzuziehen. Damit wird ein erster wichtiger Schritt unternommen auf dem Weg zu einem atomwaffenfreien Europa.

- alle chemischen Waffen sind zu beseitigen, die Produktion und Lagerung neuer Massenvernichtungsmittel ist abzulehnen.

Neues politisches Denken und Handeln muß bestimmend werden, ehe es zu spät ist. Tschernobyl hat dramatisch die Gefahren selbst der zivilen Nutzung von Atomspaltung bewußt gemacht. Es ist notwendig, daß die Bundesrepublik auf jegliche Beteiligung an der Nuklearrüstung verzichtet. Ein Einstieg in die Plutoniumwirtschaft erhöht die Gefahren und erleichtert den Zugang zu „eigenen“ Atomwaffen. Deshalb müssen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und der „Schnelle Brüter“ in Kalkar verhindert werden.

Eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa ist ein konkreter Abrüstungsschritt, der Vertrauen und Verständigung fördert und die Bemühungen um das weltweite Verbot der Chemiewaffen unterstützt.

- den Rüstungshaushalt entsprechend der UNO-Forderung um 10 Prozent zu senken.

Mit den freiwerdenden Geldern sollen neue Arbeitsplätze geschaffen, an der Beseitigung des Hungers mitgewirkt und eine lebenswerte Umwelt gestaltet werden. Der „Bundeswehrplan 1985-1997“, der immer teure und raffiniertere „konventionelle“ Waffen vorsieht, muß zugleich aufgegeben werden.

- die Militarisierung vieler Lebensbereiche rückgängig zu machen.

Die Rücknahme von Wehr- und Zivildienstverlängerung, keine „Frauen in die Bundeswehr“, der Verzicht auf die illusorische Zivilschutz-Planung und die Verweigerung sämtlicher Kriegsdienste drängen den Einfluß des Militärischen auf unser Leben zurück. Der Abbau von Feindbildern, von Ausländerfeindlichkeit und die Erziehung zum Frieden tragen zu einem friedlichen Miteinander der Völker bei.

- die Rüstungsexporte zu beenden und sich jeder Unterdrückung von Völkern in der ganzen Welt entgegenzustellen. Damit wachsen die Möglichkeiten, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und neue, gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen in der Welt herzustellen. Militärische Gewalt, Terror und Folter gegen die Völker der „Dritten Welt“ müssen weltweit als Vergehen gegen die grundlegenden Menschenrechte angeprangert werden.

» PINWAND «

Vorbereitung der Antifa-Konferenz NRW

Die Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus" lädt zu einem ersten Vorbereitungstreffen der nächsten NRW-Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen für den 10.3., 18.00 Uhr, in das Carl-Schurz-Colleg, Kaidenstr. 57 / Ecke Nassestraße (Eingang AStAa, über den Hof) in Bonn ein. Die nächste Landeskonferenz findet - wie auf der letzten Konferenz vereinbart - am 9.5.1987 statt. Tagungsort soll Sankt Augustin bei Bonn sein. Die SPD-Stadtfraktion von Sankt Augustin unterstützt die Konferenz und will einen finanziellen Beitrag der Stadt. Nach Vorstellung der Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus" soll die Konferenz auf eine breite Grundlage gestellt werden, die Initiative will regional mobilisieren und strebt eine Beteiligung von 250 Leuten an. Ein erster Vorschlag für Arbeitsgruppen und einen Raumplan wurde von der Initiative erarbeitet.

Neue faschistische Partei ?
München, 26.2.87 Die Zeitung "Die Welt" vermeldet am 26.2.87: "Neue Rechtspartei gegründet - München. Nach Mitteilung des Herausgebers der "Deutschen Nationalen Zeitung", Gerhard Frey, hat sich gestern das Gründungskomitee einer neuen Rechtspartei unter dem Namen "Deutsch Volksliste" in München konstituiert. Zu den Gründungsmitgliedern der "Deutschen Volksliste" gehört neben Frey unter anderem auch der Chefredakteur der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme", Karl-Heinz Vorsatz."

Kongress: "Faschisierung - was ist das? Aktuelle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes"
16./17. Mai 1987
Ziel des Kongresses des antifaschistischen Kampfes ist die Aufklärung der Bevölkerung über die Aufgaben des antifaschistischen Kampfes und die Organisation der antifaschistischen Front gegen die Faschisierung des Westens sowie mit anderen antifaschistischen Organisationen. Innerhalb der Volksfrontorganisationen, der Kongress beginnt am Samstag, 16.5. 1300 Uhr mit einem Eröffnungssplenum. Anschließend finden verschiedene Arbeitsgruppen statt.

Zulauf zu Republikanern

München, 3.2.87 Die Republikaner erklärten, daß in Dortmund parallel zur Tagung des Bundesvorstandes der Republikaner die Deutsche Union (DU) - u.a. gegründet von dem ehemaligen FDP-Politiker Siegfried Zoglmann - ihre Auflösung beschlossen habe. Den Mitgliedern und Anhängern der DU sei empfohlen worden, den Republikanern beizutreten.

Termine

14. März, 15.00 Uhr:

Wie fortschrittlich ist Frau Süßmuth? - Frauen- u. Familienpolitik der Konservativen (Veranstaltung im "Drübelken")

4./5. April: **Wochenendseminar im Emslandlager Hermann Bogdal** - Autor der Bücher "Rote Fahnen im Vest" - berichtet über seine Vergangenheit als KZ-Häftling und Widerstandskämpfer, Diskussion über aktuelle Faschismusgefahr (Kontaktadresse des AFB)

21. März, 17.00 Uhr: **Jahreshauptversammlung des Türkischen Arbeitervereins (Retid) und zehnjähriges Jubiläum - Herzliche Einladung an alle Mitglieder und Interessierte!** (Fritz-Husemannhaus, Hochlarmark)

9. Mai 87: **Landesweite Konferenz (früher: Ruhrgebietstreffen) der antifaschistischen Initiativen und Organisationen in Bonn**